Sozialdemokratische Partei
Adliswil

Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat
Sitzung vom Mittwoch, 2. Februar 2022

Von Wolfgang Liedtke

Die Durchführung der ersten Gemeinderatssitzung im neuen Jahr war zunächst in Frage gestellt, weil nur zwei Geschäfte zu erledigen waren. Schliesslich kamen doch noch zwei weitere Geschäfte hinzu. Tatsächlich wurde es eine der längeren Sitzungen.

Erklärungen und Mitteilungen

Stadträtin Susy Senn (FDP) bezog sich auf eine Frage aus der Fraktion der CVP/GLP im Frühjahr 2021 zu den Standorten der Defibrillatoren in Adliswil. Sie teilte mit, dass die damals von ihr gegebene Zusage, dass nach dem Umzug der Stadtverwaltung in das neue Amtsgebäude die Standorte im Internet publiziert würden, nun umgesetzt sei. In einer persönlichen Erklärung machte Bernie Corrodi (FW) erneut auf die grosse Dichte an Coiffeur-Salons in Adliswil aufmerksam und äusserte den Verdacht, dass sie zum Teil auch für Geldwäsche genutzt werden könnten. In einer Fraktionserklärungen bemängelte Reto Buchmann (FDP) die vorberatende Arbeit mancher Kommissionen und die Tatsache, dass Minderheitsanträge häufig unterdrückt würden. Angelika Sulser (SP) lobte im Namen ihrer Fraktion das Gesundheitsförderkonzept der Stadt. Daniel Frei (FW) bemängelte die lange Bearbeitungszeit der beiden Motionen seiner Fraktion zu den Buslinien 151 und 153. Er teilte mit, dass er nicht gegen eine Busverbindung zu Tierpark Langenberg sei, dass aber die erwähnten Motionen, welche eine Verbesserung für zwei Quartiere in Adliswil bringen sollten, Priorität behandelt werden müssten.

Fragestunde

Kunstobjekte der Stadt Adliswil – Lichtsignal Albisstrasse/Florastrasse – Baustellen auf dem Schulweg – Informationsveranstaltung Entwicklung Sood-Lätten – Umfrage für Wirtschaftsstrategie – Berufspraktika für Oberstufenschüler

Reto Buchmann (FDP) wollte wissen, ob der Inventar über die im städtischen Besitz befindlichen Kunstobjekte, welcher derzeit erstellt würde, online zugänglich sein würde und ob Kunstobjekte ausgeliehen werden könnten. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) erläuterte, dass die Online-Publikation des Inventars aus technischen Gründen vorerst nicht möglich sei. Interessierte könnten aber eine Liste bei der Verwaltung anfordern. Die Ausleihe sei für Schulen und städtische Einrichtungen möglich.

Hedwig Habersaat (SVP) bezog sich auf Pressemeldungen zum Lichtsignal an der Albisstrasse Ecke Florastrasse (Nord) und wollte wissen, ob die kantonalen Behörden den Fortbestand ohne Adliswil festsetzen könnten. Ausserdem erkundigte sie sich nach einer Unfallstatistik. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) teilte mit, dass der Kanton tatsächlich die Leitung in dieser Angelegenheit habe, dass Adliswil aber seine Sicht einbringen könne. Eine Unfallstatistik konnte sie in der kurzen Frist nicht vorweisen, sie soll in einer nächsten Sitzung präsentiert werden.

Angelika Sulser (SP) bezog sich auf eine Baustelle beim Kindergarten Hofacker, über den die Eltern vorab nicht informiert waren. Sie fragte, wieso eine Information nicht erfolgt und wer dafür zuständig sei. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte den üblichen Informationsweg, bei dem der Projektleiter die betroffenen Schulen und Kindergärten informiere, welche dann die Eltern in Kenntnis setzten. Im geschilderten Fall sei zwar die Baustellen-Information an die Anwohner verteilt worden, der Kindergarten sei aber vergessen

worden. Man werde in Zukunft sicherstellen, dass Schulen und Kindergärten immer informiert würden.
Heinz Melliger (FW) erkundigte sich nach den Informationsveranstaltungen über das Entwicklungsgebiet Lätten. Wegen der Pandemie sei der Termin im Januar abgesagt worden. Der einzige verbliebene Termin am 19. April finde mit begrenzter Teilnehmerzahl statt. Er wollte wissen, mit vielen Teilnehmern man rechne, nach welchen Kriterien die Anmeldungen berücksichtigt würden und ob man den Teilnehmerkreis nicht mit einem Veranstaltungsort mit grösserer Kapazität oder mit Einsatz eines Livestreams vergrössern könne. In Vertretung des abwesenden Stadtrats Felix Keller antwortete Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP), dass erfahrungsgemäss höchstens 100 Teilnehmer zu erwarten seien. Die Anmeldungen würden nach Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Einen Livestream habe man wegen des grossen technischen Aufwandes nicht vorgesehen. Es würde aber am 1. März 2022 eine interaktive Online-Veranstaltung durchgeführt werden.
Marianne Oswald (Grüne) bezog sich auf die Beantwortung der Motion zur Wirtschaftsstrategie und wollte wissen, warum nur Mitglieder des HGV angeschrieben wurden. Ausserdem fragte sie, wie viele Betriebe darüber hinaus noch direkt angesprochen wurden und ob man Unterstützung durch externe Fachleute gehabt habe. Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) erläuterte zunächst die Zahl der Betriebe in Adliswil, die zu ca. 90 Prozent Mikrobetriebe seien. Die Intention der Wirtschaftsstrategie sei die Ansiedlung von Betrieben mit hoher Wertschöpfung. Solche finde man vorwiegend im HGV. Es seien 50 Betriebe ausserhalb des HGV mit hoher Wertschöpfung direkt angesprochen worden. Externe Fachleute habe man nicht hinzugezogen, jedoch die Unterstützung kantonaler Stellen und des Regionalverbandes Zimmerberg. Marianne Oswald erkundigte sich, ob man die Umfrage einsehen könne. Stadtpräsident Zeroual sagte zu, dass dies nach einer Anonymisierung des Dokuments möglich sei.
Mario Senn (FDP) sprach das Problem der Berufspraktika für Sekundarschüler während der Pandemie an. Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) teilte mit, dass die Schule nur bedingte Steuerungsmöglichkeiten habe, und wies auf den Berufswahlunterricht als weiteres Angebot zur Unterstützung bei der Berufswahl hin. Die Schule Adliswil sei aber bemüht, Berufspraktika weitgehend zu ermöglichen. Er wies auch noch darauf hin, dass es derzeit ein Überangebot an Lehrstellen im Bezirk Horgen gebe.
In einer mündlichen Frage bezog sich Kanny Muthuthamby (SP) auf einen Vorfall an der Baustelle in der Zopfstrasse, bei dem ein falsch verlegtes Rohr nach einigen Tagen ersetzt werden musste. Er wollte wissen, wer die Kosten für diese Fehlerbehebung trage. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass gemäss den Verträgen, welche die Stadt Adliswil mit den Bauunternehmen abschliesse, Fehler bei der Bauausführung prinzipiell von den Bauunternehmen getragen werden müssten. Sie werde dies beim konkreten Vorfall überprüfen und darüber berichten.

Wirtschaftsstrategie
Die Beantwortung der Motion Wirtschaftsstrategie durch den Stadtrat war im Schnellverfahren von der Sachkommission geprüft worden, um wie oben geschildert eine Absage der Gemeinderatsitzung zu vermeiden. In seiner Antwort legt der Stadtrat im Wesentlichen dar, dass er bereits eine Wirtschaftsstrategie habe, und erläuterte sie in groben Zügen. Aus Sicht der SP-Fraktion war diese Antwort enttäuschend, aber die Motionäre hatten bereits im Vorfeld durchblicken lassen, dass sie die Antwort des Stadtrates abnehmen wollten. In diesem Sinne fiel deshalb auch die Empfehlung der vorberatenden Sachkommission aus, welche der Kommissionspräsident Walter Übersax (Mitte) vortrug. Er rekapitulierte dabei die Vorgeschichte der Motion, welche der Stadtrat nur als Postulat entgegennehmen wollte. Der Grosse Gemeinderat überwies die Motion im September 2020 aber einstimmig. Eine Beschwerde des Stadtpräsidenten beim Bezirksgericht ist noch hängig. Der Stadtrat entschloss sich im Sommer 2021 dennoch, die Motion zu beantworten, beantragte dafür aber eine Verlängerung der Frist um sechs Monate.

Der erstunterzeichnende Motionär Mario Senn (FDP) würdigte die Antwort des Stadtrates. Die Intention der Motionäre sei gewesen, den Stadtrat und den Gemeinderat zur Beschäftigung mit der Wirtschaftsentwicklung zu zwingen. Er bezeichnete die beschriebene Strategie als eine gute Ausgangslage, auf der man aufbauen könne. Dies ganz im Gegensatz zu seiner Argumentation im September 2020. Damals war Senn allerdings auch noch nicht Kandidat für die Wahl zum Stadtrat. Er bewertete darüber hinaus die aufgeführten Punkte der Strategie als das, was Unternehmen in und ausserhalb des HGV von der Stadt erwarten würden. Seiner Ansicht nach liege der Verlust der Attraktivität des Ortszentrums nicht an einer mangelnden Strategie des Stadtrates, sondern an den gesetzlichen Rahmenbedingungen wie Ladenöffnungszeiten. Die Stimmbürger hätten mehrmals im Jahr bei Abstimmungen die Möglichkeit, über diese Rahmenbedingungen zu entscheiden. Er bezeichnete die Lage Adliswils als gut und blendete dabei aus, dass gerade die Nähe zu Zürich und das Vorhandensein von einer Reihe von grossen Einkaufszentren die Existenz von Einzelhändlern in Adliswil gefährdeten.
Sebastian Huber (SVP), ebenfalls Kandidat für die Wahl in den Stadtrat, lobte das Vorgehen des Stadtrates und mahnte, die Strategie jetzt nicht ad acta zu legen. Er plädierte dafür, den Steuerfuss keinesfalls weiter zu erhöhen, im Gegenteil möglichst wieder zu senken.
Gabriel Mäder (GLP) erinnerte an den gegenwärtigen Wegzug von Arbeitsplätzen aus Adliswil in grossem Umfang und bemängelte, dass es dazu im Bericht keine Handlungsfelder gebe. Er stellte die Frage, warum Unternehmen nach Adliswil kommen sollten? Die Wirtschaftsstrategie liefere keine Antwort dazu. Seiner Ansicht nach müsse man interessierten Firmen einen Vorteil bieten. Er wies auf noch grosse Leerstände in den neu entstehenden Gebäuden in Dietlimoos hin und hofft auf den Stadtrat in neuer Zusammensetzung.
Daniel Frei (FW) schätzte den pragmatischen Ansatz des Stadtrates, vermisste jedoch eine Stärken-Schwächen-Analyse. Er verwies auf die Wirtschaftsstrategie der Stadt Schlieren als nachahmenswert. Angela Broggini (Grüne) kritisierte, dass an der Umfrage nur 58 Unternehmen teilgenommen hätten. Dies garantiere keine Wiedergabe der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Sparten. Sie bezeichnete die Antwort des Stadtrates als nicht ambitioniert. Fragen nach der Zukunft des Ortszentrums blieben unbeantwortet.
Esen Yilmaz (SP) kritisierte die Antwort des Stadtrates mit den folgenden Worten:
Immerhin hat der Stadtrat versucht, etwas für die Wirtschaft von Adliswil, wenn auch zuerst nur auf dem Papier, zu unternehmen. Das ist immerhin besser als das Gefühl zu haben, etwas in diese Richtung für Adliswil zu tun, aber in Wirklichkeit nur Publicity zu betreiben. Wenden wir uns doch dem Inhalt der «Strategie» zu!
Es braucht einen «Unternehmer Desk» für Adliswil! Denn das Zitat: «Sie unterstützt den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft und setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein.» wird vermutlich nur ein Zitat bleiben! Mit diesen Floskeln kann der Dialog nicht unterstützt und gefördert werden. Deshalb braucht es einen Unternehmer Desk und nicht eine «zentrale Plattform», wie sie in der Antwort nebenbei erwähnt wird.
Es braucht eine gute Mischung von Wohnen und Arbeiten! Denn das Zitat: «Die gute Mischung von Wohnen und Arbeiten in Adliswil» fördern könnte als Ziel vergessen gehen und nur ein Zitat bleiben! Wann hat Adliswil zuletzt eine strategische Liegenschaft oder Land erworben, mit der sie direkten Einfluss auf das Wohnen und Arbeiten haben könnte? Beispiel: hat man sich mit den Gammelhäuser-Besitzern gegenüber der Migros auf einen Renovations-kompromiss unterhalten oder geeinigt, damit das Wohnen und Arbeiten gefördert wird?
Warum nur einige Unternehmen und nicht alle Unternehmen? … Beispielswiese wurde ein Unternehmen im Zentrum von Adliswil nicht mal kontaktiert – warum nicht? Warum wurden nur 196 Unternehmen angeschriebenen, wovon nur 58 geantwortet haben? Wenn der Stadtrat für eine solche Strategie nicht alle Unternehmen in Adliswil anschreibt und von diesen nur ein Drittel antwortet, ist das nicht repräsentativ! Gemäss Statistisches Amt des Kantons Zürich von 2017 sind in Adliswil 1033 Unternehmen ansässig. Somit haben Sie nicht mal 20 Prozent der Unternehmen in Adliswil angefragt! Warum hat der Stadtrat kein Follow-Up gemacht und

die Unternehmen nochmals gebeten, bei dieser so wichtigen und repräsentativen Umfrage zu antworten, zumal sie nur 196 angefragt hatten?
Dringend eine Bildungseinrichtung (Hochschule/Fakultät) nach Adliswil navigieren! Denn das Zitat: «Die Vernetzung, Kommunikation und Wissensteilung sowie die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungsinstituten und dem Gewerbeverein kann wertvolle Impulse für die Wirtschaftsförderung bringen.» ist sehr wichtig! Aber hat die Stadt Adliswil in dieser Legislatur je Hochschulen mit dem Gewerbe in Adliswil zusammengebracht? Hat die Stadt Adliswil sich jemals in Sachen Förderung auch mal sich an Unternehmen gewendet, welche vielleicht nicht dem Gewerbeverein angehören? Denn das Zitat: «Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitenden angegeben.» Die meisten von uns kennen die Story von Google, weshalb sie den Standort Zürich ausbauen – es ist der Zugang zu guten Bildungseinrichtungen und deren guten Absolventen! Warum kooperiert die Stadt Adliswil nicht direkt mit den Hochschulen, fragt sie an, ob sie einen Standort in Adliswil aufbauen möchten? Ob sie Interesse an einem Forschungsstandort in Adliswil hätten?
Endlich neue Unternehmen anziehen! Zitat: «Die Zielgruppe 'Noch nicht zugezogene Unternehmen' wird durch Massnahmen der Standortförderung Zimmerberg-Sihltal angesprochen.» Warum wird diese so wichtige Aufgabe in fremde Hände, nämlich des Vereins gelegt und nicht selbst bewirtschaftet! Wieso erwarten wir immer Unterstützung von aussen, statt mal selbst zu handeln?
Vernetzung «nur durch Zufall verhindern», sondern «die Vernetzung richtig fördern». Denn «Regelmässig Vernetzungsanlässe anbieten» haben hier im Rat einige Mitglieder dem Stadtrat empfohlen. Auf eine Frage von Rat kam die Antwort, kulturelle Anlässe und Good Morning Talk werden für Gespräche genutzt, bzw. sollen von Unternehmen untereinander genutzt werden. Warum organisiert die Stadt nicht ein wöchentliches oder zweiwöchentliches Treffen von Unternehmen mit einem Vertreter der Stadt? So wird die Vernetzung nicht durch Zufall gefördert, sondern wissentlich und willentlich gefördert!
Der Präsident und der SR muss nach draussen gehen! Zitat: «Als organisatorische Massnahme ist ein stadträtlicher Ausschuss bzw. eine beratende Arbeitsgruppe «Wirtschaft» zu prüfen.» Diese Massnahme, welche hauptsächlich wieder intern geführt wird und sowie dem Stadtpräsidenten und dem Stadtrat die Berührung mit allen Unternehmen in Adliswil wegnimmt, ist nur ein grosser interner Kostenfaktor. Dieser Ausschuss sollte nach draussen zu den Unternehmen gehen, und das wöchentlich und nicht nur zweimal im Jahr! Zudem sollten Profis am Tisch sitzen, welche die Arbeit machen wollen und sich auch die Zeit dafür nehmen!
Verantwortung übernehmen und keine Berührungsängste haben! Man sollte nicht überprüfen welches Organ die Förderung des Standortes forciert und die Bestandpflege in die Hand nimmt, sondern sollte als Präsidiales Verantwortung übernehmen und den Job ausüben! Falls es zu wenig Kapazität hat, sollte das Amt eine Teilzeitstelle innerhalb der Verwaltung schaffen – Beispiele bei anderen, wirtschaftlich erfolgreichen Städten in der Grösse von Adliswil gibt's genug!
Zudem gibt es keine Stärken- und Schwächenanalyse zu Adliswil, also eine SWOT-Analyse fehlt! Auch die Analyse, welche Vorteile Adliswil für Unternehmen bietet, ist nicht vorhanden! Es wird zwar Controlling erwähnt, jedoch sind die Aufgaben und die Ziele kaum zu quantifizieren, alle Ausführungen sind nicht direkt messbar!
In eine Wirtschaftsstrategie gehört auch die Bildung, das Klima, die Landwirtschaft, das Wasser! Auch das fehlt! Die weitere Entwicklung des Standortes soll systematisiert und fokussiert weitergedacht werden und nicht mit einem internen Gremium, den Leistungszielen und Indikatoren und dem Verein Zimmerberg-Sihltal enden! In der Strategie müsste zudem auch der HGVA, alle KMU's, das Gewerbe, für eine enge Zusammenarbeit Platz haben – keine Kommunikationsplattform für den Versand von «Einweg Nachrichten»! Zudem sollte Adliswil nicht von verschieden Standorten und Zentren bzw. Subzentren reden, sondern sich mit Clustern befassen, wie Bio, Tech, Finance, usw.! In den Medien war zu lesen, dass ein Spin-Off der ETH sich in Adliswil niedergelassen hat und «ventrikularen Anbau mit Kräutern» betreibt! Das ist eine fantastische Chance für den Standort und den Stadtrat, den es zu packen

und auszubauen gilt. Es braucht dringend ein grösseres Budget für die Standortförderung, nämlich eine Arbeitsstelle von 20-40% innerhalb der Verwaltung. Mir fehlen auch Freizeit- und Aufenthaltsqualität, Organisations- und Kooperationsmodelle in dieser Strategie. Nicht zuletzt muss definiert werden, welche Rahmenbedingungen geschafft werden müssen! Zudem ist auch die «strategische Agenda» nirgends – es interessiert doch uns alle, wann was gemacht und umgesetzt wird, oder?
Ich denke, dass ich genug erwähnt und viele Defizite der Strategie aufgezeigt habe. Da vieles noch fehlt, werde ich demnächst einen parlamentarischen Vorstoss einreichen, damit auch alle Stakeholder berücksichtigt werden.
Mario Senn (FDP) ergriff erneut das Wort und meinte, dass die Repräsentativität bei der Befragung der Unternehmen keine Rolle spiele, weil sich die Bedürfnisse wiederholen würden. Er betonte die Wichtigkeit einer offenen Verwaltung und von kurzen Wegen für die Unternehmen. Bezüglich der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen verwies er darauf, dass sich Hochschulen bereits in unmittelbarer Nähe befänden. Für eine Standortpromotion durch die Stadt Adliswil fehle das Geld. Deshalb sei es gut, dass der Kanton das übernehme.
Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) wies nochmals darauf hin, dass es sich bei der Antwort des Stadtrates nur um eine Zusammenfassung der seit langem bestehenden Wirtschaftsstrategie handle. Der Steuerfuss sei ohne Bedeutung, wichtig sei die Anbindung an den Flughafen. Deshalb gingen viele Unternehmen trotz des hohen Steuerfusses nach Zürich. Er wies darauf hin, dass Einrichtungen wie die ZHAW keine guten Steuerzahler seien. Man habe aber schliesslich die Zurich International School in Adliswil und in direkter Nachbarschaft in Rüschlikon das Forschungslabor der IBM.
Der Vorlage des Stadtrates wurde mit 32 gegen eine Stimme zugestimmt. Auch die SP-Fraktion stimmte zu, wird aber einen eigenen Vorstoss zur Wirtschaftsförderung einbringen.

Pilotversuch einer Tagesschule in Adliswil
Im Herbst 2021 hatte die SP-Fraktion eine Motion eingebracht, um von der Schule Adliswil ein Konzept für die Einführung und für ein Pilotbetrieb einer Tagesschule zu fordern. Die Intention war, eine nach Überzeugung der SP in absehbarer Zeit bevorstehenden Einführung der Tagesschule im Kanton Zürich vorzubereiten und zu vermeiden, dass weiterhin Schulhäuser neu- oder umgebaut werden, ohne den speziellen Raumbedarf von Tageseinrichtungen zu berücksichtigen. Die Schulpflege lehnte die Annahme der Motion ab.
Die Erstunterzeichnende Katya Willimann (SP) verteidigte die Motion folgendermassen:
Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Dies und neue pädagogische Erkenntnisse verlangen nach einer Weiterentwicklung der Volksschule. Insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Eltern mit Kindern im Schulalter eine Herausforderung. Vor allem aber helfen Tagesschulen den Kindern: Sie fordern Sozialkompetenz, bessere Leistungen und – mit Angeboten zur Aufgabenhilfe – die Chancengleichheit. Trotzdem war die Ablehnung unserer Motion voraussehbar. Im Wissen, dass die Tagesschule eingeführt werden muss, weil uns das eines Tages vorgeschrieben wird, setzen wir uns ein für ein Projekt, das mit Weitsicht jetzt vorbereitet werden kann. Die Ablehnung wird hauptsächlich mit den zu erwarteten Kosten begründet. Die wachsende Stadt welche auch wachsende Schülerzahlen generiert fordert uns auf, zu planen. Mit oder ohne Tagesschule werden hohe Kosten auf uns zukommen.
Heute wurde in der Zürichsee-Zeitung über das Projekt beim Schulhaus Wilacker informiert. Budgetiert ist das Projekt mit 11,5 Millionen. Es umfasst eine Turnhalle und 3 Kindergärten. Dieser Neubau ist dringend nötig, um den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden, so Markus Bürgi unser Schulpräsident, und er fügt an, dass eine vorausschauende Planung sehr wichtig ist.
Welche waren die Intentionen unserer Motion? Wenn die Tagesschule durch den Kanton eingeführt wird, muss innert kurzer Zeit eine Infrastruktur geschaffen werden. Es müssen zusätzliche Räumlichkeiten bereitgestellt werden, eventuell braucht es auch neue Standorte sowie auch Personal. Bei den letzten Erweiterungen und Modernisierungen von Schulhäusern

wurde es versäumt, eine räumliche Flexibilität für die Ansprüche einer Tagesschule zu schaffen. Dies wird in absehbarer Zukunft hohe zusätzliche, vermeidbare Kosten bedeuten.
Mit dem Pilotversuch einer Tagesschule können Strukturen und Planungen vorbereitet werden, die dann bei einer kantonalen Einführung der Tagesschule finanzielle und organisatorische Vorteile bringen. Wie beim Neubau Wilacker hervorgehoben wird, können positive Synergien genutzt werden. Im Bereich Betreuung und Mittagstisch. Aber wird in der Planung für Wilacker eine zukünftige Einführung einer Tagesschule berücksichtigt?
Im Kantonsrat wurde ein Vorstoss der SP, GLP und EVP für eine Anschubfinanzierung für die Einführung von Tagesschulen überwiesen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, dass es für Gemeinden demnächst finanzielle Unterstützung bei der Einführung von Tagesschulen geben könnte. Wir dürfen aber nicht nur kostenorientiert denken. Unseres Erachtens ist das kurzsichtig gedacht. Es geht um die Schwächsten in unserer Gesellschaft, für welche wir Verantwortung übernehmen müssen.
Wie schon anfangs gesagt wird die Tagesschule, welche nicht nur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, sondern was für unsere Kinder sehr wichtig ist - Chancengerechtigkeit und Lebensraumschulung ermöglichen. Sehr viele Angebote sind unter einem Dach, was die Zusammenarbeit und den Austausch in den verschiedenen Bereichen erleichtert. Es werden alle Kinder erfasst, auch jene aus sozial schwachen Familien welche von ihren Eltern, sei es aus finanziellen oder auch anderen Gründen, nicht in dem bestehenden Modell angemeldet werden. Dies trägt auch zu einer Bildungsgerechtigkeit bei, welche immer wichtiger wird, um in unserer Gesellschaft zu bestehen.
In einem Artikel in der NZZ vom letzten Jahr war zu lesen, dass Eltern und Schüler anhand einer Umfrage mit dem Projekt in der Stadt Zürich zufrieden sind. Wir appellieren an die Gemeinderäte für die Überweisung zu stimmen, damit sich das Ressort Bildung konzeptionell und mittels Ausarbeitung von Kreditanträgen auf die Einführung der Tagesschule vorbereiten kann und wir eine genauere Orientierung über die mit einer Tagesschule verbundenen Kosten und kantonalen Unterstützungszahlungen erhalten.
Die Motion fordert ein Konzept sowie Kreditanträge für einen Pilotversuch und für den Betrieb. Sie fordert nicht die Einführung der Tagesschule. Der Gemeinderat wird zu einem späteren Zeitpunkt über die Kreditanträge beraten und beschliessen können.
Daniela Eggenberger (SVP) ehemalige Schulpflegerin, lehnte die Motion mit Verweis auf die Schule+ (ein Angebot der freiwilligen Tagesbetreuung gegen Kostenbeitrag) ab. Vera Buchmann (FDP) wies ebenfalls auf Schule+ hin und sprach sich generell gegen eine staatliche Betreuung und «Gleichmacherei» aus. Staatliche Bevormundung soll nicht finanziert werden. Florian Kälin (Mitte) plädierte für flexible Strukturen wie die Schule+ anstelle von starren Strukturen. Heinz Melliger (FW) bezeichnete die Antwort der Schulpflege als klar und anerkannte zwar den Bedarf an Tagesstrukturen, für die es aber unterschiedliche Umsetzungen gebe. Wegen des funktionierenden Adliswiler Modells gebe es keinen Handlungsbedarf. Marianne Oswald (Grüne) berichtete von kontroversen Diskussionen bei den Grünen. Sie stünden einer Tagesschule generell positiv gegenüber, glaubten aber, die Kapazitäten für einen Pilotversuch gebe es bei der Schule Adliswil nicht. Eine merkwürdige Argumentation, denn eine drohende Überlastung der Verwaltung könnte man bei etlichen Vorstössen ins Feld führen. Vermutlich muss man dieses Votum als Versuch werten, sich als wählbar für den Stadtrat zu präsentieren. Oswalds Stimme fehlte bei der Unterstützung der SP-Motion.
Daniel Frei (FW) zeigte sich erschrocken über die Motion der SP und meinte, dass das Modell der Tagesschule für manche Familien das falsche sei. Kantonsrat Gabriel Mäder (GLP) negierte die Rolle seiner Fraktion im Kantonsrat für den Vorstoss über Fördergelder für die Einführung von Tagesschulen in Gemeinden, indem er sich fälschlicherweise auf einen anderen Vorstoss bezog (ihm fehlt offensichtlich der Überblick über die Vorstösse, die seine Fraktion mit einreicht und denen er zustimmt). Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) wies abschliessend darauf hin, dass die Schule Adliswil alle gesetzlichen Vorgaben erfülle (was niemand bestritten hatte) und unterstrich die Vorteile des Konzepts Schule+. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass die zentralen Forderungen der Motion bereits heute erfüllt seien. Mit

dieser Stellungnahme zeigte er allerdings, dass er entweder die Motion nicht verstanden hatte oder ihren Inhalt einfach verfälschte, um eine Argumentation gegen die Intention der Motion zu umgehen. Dies trifft offenbar auch auf die meisten Redner in der Debatte zu. Es ging nicht darum, dass die SP jetzt eine Tagesschule in Adliswil einführen wollte, sondern darum, dass sich das Ressort Bildung mit der bevorstehenden Einführung der Tagesschule auseinandersetzen und sie in seine Planungen mit einbeziehen soll. Offensichtlich führt die Erwähnung der Tagesschule zu instinktiven Abwehrreaktionen auf der bürgerlichen Seite und zu Ausrufen wie «Gleichmacherei» und «Bevormundung». Die Überweisung der Motion wurde mit neun Ja- gegen 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Kosten der Verdichtung mit Grossprojekten

FDP und andere bürgerliche Fraktionen hatten ein Postulat eingereicht und den Stadtrat aufgefordert darzulegen, welche finanziellen Auswirkungen eine höhere Ausnutzung von Grundstücken habe und ob die direkten und indirekten Kosten der Verdichtung für die Bereitstellung der Infrastrukturen durch die Steuer- und Gebührenzahlungen der Eigentümer und Bewohner der verdichteten Liegenschaften getragen werden. Die Zielrichtung dieses Postulats ist es offensichtlich, die Forderung nach Schaffung von neuen Wohnungen im höheren Preisniveau vorzubereiten, damit die darin einziehenden Steuerzahler die der Stadt entstehenden Kosten tragen könnten.

Der Erstunterzeichnende Mario Senn (FDP) sprach sich in seinem Votum für eine nachhaltige Entwicklung aus (der Begriff der Nachhaltigkeit muss aktuell für alle möglichen Anliegen herhalten). Er bemängelte, dass die Steuereinnahmen nicht im gleichen Masse wuchsen wie die Ausgaben, unterschlug aber dabei, dass das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in Adliswil mindestens zehn Jahre lang umgekehrt war. Sebastian Huber (SVP) wiederholte die Argumentation von Mario Senn im Wesentlichen und fügte noch die steigenden Ausgaben der Sozialhilfe hinzu. Gabriel Mäder (GLP) stimmte zu, dass Ausgaben auch einen Mehrwert generieren sollten. Er wies darauf hin, dass die Steuerkraft der Zuzüger nur ein Kriterium unter vielen sein kann. Ziel sei ein vielfältiges Adliswil. Daniel Schneider (Grüne) sprach sich gegen hochpreisige Wohnungen aus. Er kritisierte, dass zurzeit in Adliswil günstige Wohnungen durch neue, teurere Wohnungen ersetzt würden, und sprach sich für eine soziale Durchmischung aus.

Da kein Ablehnungsantrag gestellt und der Stadtrat sich zur Annahme des Postulats positiv geäussert hatte, wurde es an den Stadtrat überwiesen.

Ist Adliswil bald zugebaut?

In einer Interpellation wollten die Grünen vom Stadtrat wissen, wie viel Fläche in den letzten 20 Jahren in Adliswil überbaut wurde, wie viele schätzungsweise in den kommenden 20 Jahren überbaut werden würden. Ausserdem fragten sie, wie viel Hektar an landwirtschaftlicher Fläche dabei verloren gehen würde und wie die Pläne zur Bebauung der Sunnau aussehen würden.

Die erstunterzeichnende Interpellantin Marianne Oswald zeigte sich von den Zahlen in der Antwort des Stadtrates beeindruckt. In den vergangenen 20 Jahren waren 19,3 ha überbaut worden, in den kommenden Jahren sollen es 13,1 ha sein. Ihre Frage nach dem Verlust an landwirtschaftlicher Fläche für den Tüfi-Hof beurteilte sie als nicht beantwortet, weil ein Ersatz der Flächen in Sunnau durch solche am Albishang nicht umsetzbar sei. Sebastian Huber (SVP), der wie Oswald für den Stadtrat kandidiert, sprach sich für ein Wachstum in gesundem Ausmass aus. Er nahm damit die Kritik vor allem aus bürgerlichen Kreisen in Adliswil am starken Wachstum der Stadt auf. Huber stimmte dem Erhalt von Grünflächen zu, im Interesse Adliswils und nicht wegen einer „Klimaerwärmungsideologie“. Laut ihm stellt sich die Frage, ob Adliswil sich zur Grossstadt entwickeln oder in der jetzigen Grösse bleiben soll. Er erinnerte daran, dass man vor allem den heutigen Einwohnern Adliswils verpflichtet sei. Hanspeter Clesle (EVP) bezeichnete die Interpellation als „reine Wahlkampfpropaganda“. Adliswil sei Teil

der grössten Agglomeration der Schweiz. Wie könne es da Anspruch auf Landwirtschaft geben? Man müsse sich entscheiden zwischen Urbanität oder Landleben. Es gebe schliesslich ausreichend Naherholungsgebiete in der unmittelbaren Nähe.
Oswald (Grüne) konterte gegenüber Huber (SVP), dass es den Interpellanten nicht um verdichtetes Bauen gehe, sondern um den Erhalt von noch bestehenden Grünflächen. Man wolle auch keine neuen Bauerhöfe in Adliswil, aber den Erhalt des Tüfi-Hofs, der als Erlebnisbauerhof für Adliswil und Umgebung eine Bedeutung habe.
Huber setzte das Wortgefecht mit seiner Kontrahentin im Stadtratswahlkampf fort, indem er festhielt, dass nicht die Grünen die Unterstützer der Bauern seien, sondern die SVP. Und in der Umgebung gebe es genug Bauerhöfe. Nach Punkten gewonnen hatte allerdings Oswald.